

Evangelische Verantwortung

Glaube und Frieden Gedanken zur Jahreslosung 1994

JAHRESLOSUNG
1994

CHRISTUS
IST
UNSER
FRIEDE

EPHESER 2
VERS 14

„Christus ist unser Friede“ lautet die Jahreslosung 1994.

(Eph. 2,14)

In unfriedlicher Zeit ist es ein mutiges Wort. Der Verfasser des Epheserbriefes machte sich Sorgen um die Einheit der wachsenden, noch jungen christlichen Gemeinschaft. Heiden-Christen und Juden-Christen werden an ihr unversöhntes Miteinander in vorchristlicher Zeit erinnert: *„Jetzt aber in Christus Jesus seid ihr, die ihr einst Ferne wart, Nahe geworden durch das Blut Christi.“* (Eph. 2,13)

Der Wunsch nach Frieden bewegt die Menschen, solange sie leben. In weihnachtlicher Zeit ist die Friedenssehnsucht besonders ausgeprägt. Wer denkt nicht an die alttestamentlichen Prophezeiungen: *„... uns ist ein Kind geboren, ein Sohn ist uns gegeben und die Herrschaft ruht auf seiner Schulter; und er heißt Wunder-Rat, Gott-Held, Ewig Vater, Friede-Fürst: auf daß seine Herrschaft groß werde und des Friedens kein Ende ...“*

(Jes. 9,5,6)

Und im Weihnachtsgottesdienst werden wir alle hören: *„Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden.“*

(Lukas 2,14)

Doch vom Frieden auf Erden sind wir weit entfernt. Im ehemaligen Jugoslawien herrscht immer noch Krieg, in der ehemaligen Sowjetunion flammen immer wieder Nationalitätenkonflikte auf, in Angola – von uns fast unbemerkt – findet ein grausamer Bürgerkrieg statt.

Ist die Jahreslosung also weltfremd, nur tröstlicher Zuspruch für die fromme Kerngemeinde? „Ohne Christus ist Unfriede zwischen Gott und den Menschen und zwischen Mensch und Mensch“, schreibt Dietrich Bonhoeffer.

Die Jahreslosung erlaubt also nicht den Rückzug in die individuelle Glaubensbeziehung. Christus will Frieden überall: „Selig sind die Friedensstifter ...“

Der Vers aus dem Epheserbrief ist Ermutigung und Ermahnung zugleich. Auch wenn jeder einzelne von uns nicht die Krisen dieser Welt lösen wird, dürfen wir nicht nachlassen, den Frieden, den wir in Christus gefunden haben, weiterzugeben: „In Frieden leben, erfordert nicht große Worte, sondern viele kleine Schritte.“

Jochen Borchert

Jochen Borchert, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Unseren Lesern
wünschen wir eine
besinnliche Adventszeit,
ein friedliches,
frohes Weihnachtsfest
und ein glückliches
Neues Jahr 1994

Die Redaktion

Dritte-Welt-Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Volkmar Köhler

Das Ende des Ost-West-Konflikts, die revolutionären Umwälzungen der letzten drei Jahre in den ehemaligen Ostblock-Staaten, der Fall der Berliner Mauer als sinnfälliges Symbol für den Zusammenbruch des Sozialismus markieren den Beginn einer neuen globalpolitischen Ära. Sie beschleunigen nicht nur den europäischen Einigungsprozeß, sondern haben darüber hinaus auch zu einer Verlagerung der weltpolitischen Gewichte geführt. Die alte, seit dem zweiten Weltkrieg entstandene Kräftekonstellation ist außer Kraft gesetzt – eine neue Ordnung muß sich erst noch herauskristallisieren.

Eine neue Ära in der Weltpolitik

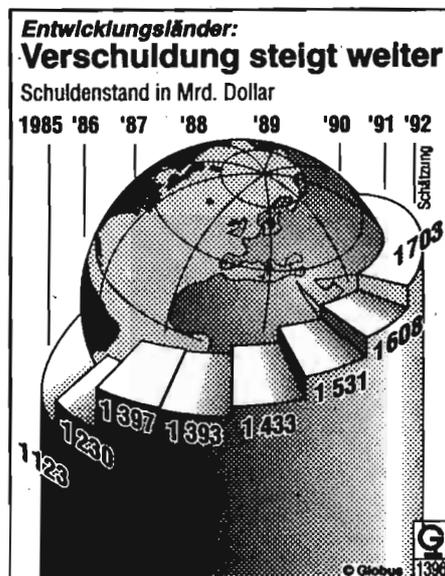
Die Euphorie, die diese Entwicklungen in den ersten Monaten begleitet hat, ist inzwischen verflogen. Sie ist einer neuen Zukunftsunsicherheit gewichen. Die Unübersichtlichkeit der derzeitigen globalpolitischen Lage ergibt sich aus den gegenläufigen Tendenzen, mit denen wir zur Zeit konfrontiert sind: Integration und Globalisierung einerseits, Fragmentierung und Nationalismus andererseits.

Davon bleiben auch die Entwicklungsländer nicht unberührt. Sie fühlen sich in diesem Klima weltpolitischer Schwankungen besonders verunsichert. Angst, im Zuge der rasanten Umwälzungen nun vollends ins Abseits zu geraten, greift um sich. Die Befürchtungen, daß die Länder der Dritten Welt im Wettlauf mit den ehemaligen Ostblockstaaten um Entwicklungshilfe unterliegen könnten, scheint auf den ersten Blick nur allzu berechtigt: Nicht nur, daß die Entwicklungshilfeleistungen aus dieser Region jetzt spärlicher fließen, zugleich müssen die bereitgestellten Mittel der anderen Geberländer zum Teil mit den Staaten Mittel- und Osteuropas geteilt werden. Auch Privatinvestoren und Banken wenden sich verstärkt den Attraktionen des europäischen Binnenmarktes und dem wachstumsträchtigen Markt in Mittel- und Osteuropa zu.

Werden so die armen Länder in Afrika, Lateinamerika und Asien Opfer der neu gewonnenen Freiheit in Osteuropa? Droht ihnen nach dem „verlorenen Jahrzehnt“ der achtziger Jahre jetzt eine weitere traumatische Dekade? Oder eröffnet sich mit der Zeitenwende, in deren Turbulenzen wir uns finden, auch ein neuer Horizont für die Dritte Welt?

Innere Reformen

Zwar bedeuten diese Veränderungen, die bei uns als Zusammenbruch des Sozialismus gefeiert werden, das



Ende der Hoffnung vieler Staaten auf den Sozialismus „as a quick way for development“. Als Konsequenz scheint für die Länder der Dritten Welt jetzt nur noch die Alternative des Kapitalismus übrigzubleiben. Wir sollten uns jedoch hüten, unsere ideologischen Diskussionen immer wieder auf die Dritte Welt zu übertragen und die Dritte Welt wie ein Objekt zu behandeln, das uns zur Verfügung steht.

Tatsache ist, daß die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa in der Dritten Welt ein zunehmend starkes Echo findet, weil die Menschen in diesen Ländern selbst darüber nachdenken, ob das für sie augenfällige Geschehen in Europa nicht zu Schlußfolgerungen in ihren eigenen Ländern führen muß – ethisch, politisch wie auch ökonomisch. So ist mit dem Zusammenbruch

des Sozialismus die Menschheit nicht nur um eine Hoffnung ärmer, sondern zugleich um eine andere reicher: Das Geschehen in Mittel- und Osteuropa hat in den Ländern der Dritten Welt zu einer Vitalisierung des Demokratieprinzips geführt; der enge Wirkungszusammenhang zwischen Demokratisierung und wirtschaftlicher Stabilität ist erneut offensichtlich geworden.

Alle entwicklungspolitische Erfahrung zeigt, daß Entwicklung ohne die Partizipation der Bevölkerung auf Dauer nicht stattfinden kann. Gerade schwierige strukturelle Veränderungen, die die Entwicklungsländer in besonderem Maße nötig haben, können nur bewältigt werden, wenn die Bevölkerung sie akzeptiert. Das wird sie nicht tun, ohne mitreden und mitbestimmen zu können.

Die Bundesregierung, aber auch Europäische Gemeinschaft haben deshalb in letzter Zeit ihre Hilfe für die Entwicklungsländer stärker an die Vorbedingungen Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft geknüpft. Dabei hat Europa längst von einer schematischen Übertragung seiner Verfassungsmodelle Abstand genommen und den Ländern der Dritten Welt das Recht auf die Entwicklung eigener Ausformungen der Demokratie zugebilligt. Den politischen Schock der europäischen Veränderung zu überwinden, bedarf es also neuer Argumente und nicht nur der Fortsetzung der entwicklungspolitischen Diskussion von drei Jahrzehnten.

Bevor ich über die Anforderungen für eine sinnvolle Entwicklungspolitik in einem neuen Koordinatensystem schreibe, möchte ich – sozusagen in einem Ausflug ins Grundsätzliche – mit der Darstellung des unlösbaren Wirkungszusammenhanges von Demokratie, Menschenrechten und Entwicklung eine Folie dafür schaffen.

Die Freiheit des Menschen, als anthropologische Grundkategorie verstanden, markiert den Ausgangspunkt des Vollzugs von Demokratie, der Wahrung der Menschenrechte und von Entwicklungsprozessen. Demokratie und Menschenrechte verweisen aufeinander, ja, das eine ist ohne das andere gar nicht zu denken. Demokratie und Menschenrechte sind die Entfaltung der einen Freiheit, als die öffentliche und politische Freiheit der Staatsbürger einerseits, als die private Freiheit des Menschen andererseits.

Der Gedanke einer abschließenden politischen und wirtschaftlichen Ord-

nung läuft dem innersten Wesen menschlicher Existenz zuwider. Wir müssen deshalb die Dynamik von Entwicklung in unsere Überlegungen einbeziehen. Entwicklung ist kein Endzustand, sondern ein fortlaufender, offener Prozeß. Die prinzipielle Offenheit des Entwicklungsprozesses resultiert ebenso aus der Freiheit des Menschen. Entwicklung zielt auf den ganzen Menschen und kann daher nicht nur in rein ökonomischen Kategorien gemessen werden. Wirtschaftliches Wachstum ist zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für menschliche Entwicklung.

Ein angemessenes Einkommen ist nur ein Aspekt unter vielen; langes Leben, Gesundheit, Bildung, politische, wirtschaftliche und soziale Freiheit, persönliche Sicherheit und garantierte Menschenrechte – dies sind Faktoren, die die Lebensqualität des Menschen ausmachen. Ein darüber hinausgehendes Entwicklungsziel ist die Möglichkeit zu freier Entfaltung von Kreativität und Produktivität. Der demokratische Rechtsstaat ist der institutionelle Ort, an dem sich die unauflösbare Verschränkung von Demokratie und Menschenrechten, von öffentlicher und privater Autonomie bewähren muß.

Wirkungszusammenhänge aufdecken

Die Einsicht in den Wirkungszusammenhang von **Demokratie, Menschenrechten, marktorientierter Wirtschaft und Entwicklung** hat die Diskussion beigelegt, ob nicht in Zukunft die Entwicklungshilfe konsequenter als bisher Marktwirtschaft und Demokratie fördern sollte. Nachdem die OECD-Regierungen in den Hilfsprogrammen für Osteuropa als grundsätzliche Rahmenbedingungen Einsetzung der Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte, freie Wahlen, Mehrparteiensysteme und ein marktwirtschaftlich orientiertes Wirtschaftssystem genannt hatten, müssen sich auch die Entwicklungsländer auf diese Konditionalität einstellen.

Allerdings wird die Operationalisierung des demokratischen Prinzips schwierig bleiben, weil die konkrete Ausformung der Demokratie in vielen Ländern der Dritten Welt von sehr unterschiedlichen Gegebenheiten abhängt. Demokratie muß hier weit gefaßt und als breite Partizipation und Mobilisierung der Bevölkerung verstanden werden.

Nachdem wir eingesehen haben, daß Demokratie viele Gesichter haben kann, läßt sich als gemeinsamer Nenner anhand von drei Kriterien eine Minimaldefinition von Demokratie geben:

- Schutz der unveräußerlichen Menschenrechte als Bestandteil und Ziel von Demokratie,
- Kontrolle der politischen Macht durch regelmäßig wiederkehrende, allgemeine und geheime Wahlen, um politische Teilhabe und politischen Wettbewerb zu gewährleisten. In diesen Kontext gehört auch eine demokratische Öffentlichkeit, die nicht nur die Kontrollfunktion übernimmt, sondern prinzipiell unverzichtbar für die Realisierung von Demokratie ist, denn wenn Variation und Auswahl der politischen Akteure durch Wahlen zu einer zielgerichteten Entwicklung führen sollen, müssen die Wähler wissen, worum es geht.
- Ebenso unverzichtbar sind das Gewaltmonopol des Staates als Garantie für gewaltfreie Räume einerseits, andererseits die Rechtsbindung der Politik, die ein Minimum an Gewaltenteilung voraussetzt.

Nach dem Scheitern der Entwicklungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten sind wir mit unseren Partnern in der Dritten Welt zu der Einsicht gelangt, daß viele Probleme der Entwicklungsländer hausgemacht sind und nur durch innere Reformen überwunden werden können. Ein großer Teil der eingesetzten Mittel erzielte nicht die erwünschte Wirkung, weil die innerstaatliche Ordnung eine positive Entwicklung verhinderte. Heute erwarten wir von unseren Partnern ein höheres Maß an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Eigenverantwortlichkeit.

In diesem Zusammenhang haben sich CDU/CSU und FDP dafür ausgesprochen, in der Dritten Welt den Aufbau und die Einsetzung sozialer Sicherungssysteme auf der Grundlage bestehender Strukturen zu fördern. Wir müssen Konzepte für eine angemessene Altersversorgung entwickeln, um eine Alternative zur Alterssicherung durch Kinderreichtum zu schaffen und damit den Teufelskreis von Bevölkerungswachstum, Verelendung, Umweltzerstörung und Armutswanderungen zu durchbrechen. Immer aber müssen wir bei der Formulierung unserer Konzepte die jeweiligen sozio-kulturellen Gegebenheiten mit einbeziehen, um die Erfolgsaussichten zu erhöhen ...

Der Wettbewerb um Anteile am Weltmarkt wird zusehends härter; in diesem Konkurrenzkampf haben sich immer mehr Staaten zu Wirtschaftsblöcken formiert. Der Trend zur **Regionalisierung** kann auch den Ländern der Dritten Welt einen Weg eröffnen, die Enge der Binnenmärkte zu überwinden und wirtschaftlicher zu produzieren. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die EU durch Kooperationsabkommen mit Zusammenschlüssen wie dem Andenpakt oder ASEAN bereits heute die regionale Zusammenarbeit unterstützt. Sie sollte in Zukunft den Entwicklungsländern verstärkt ihre besonderen Kenntnisse über Möglichkeiten und Grenzen regionaler Kooperation zugänglich machen.

Zukunftssicherung in Partnerschaft

Eine grundlegende Voraussetzung, die aufgezeigten Perspektiven zu verwirklichen, ist allerdings, daß wir uns endlich von der Unterteilung der Welt in eine Erste, Zweite, Dritte und Vierte Welt trennen, ebenso wie von den überholten Antagonismen Ost-West und Nord-Süd. Wir leben in der Einen Welt, deren Zukunft wir, Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam, gestalten müssen. Wenn wir auch in Zukunft den Weltfrieden sichern wollen, müssen wir unseren Beitrag leisten, um den Menschen in den Entwicklungsländern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Die ungleiche Verteilung der Güter der Erde – ein Fünftel der Menschheit, die Bevölkerung der Industrieländer, verfügt über vier Fünftel des Welteinkommens und verbraucht die meisten Ressourcen – birgt ein großes Konfliktpotential. Gerade für uns Deutsche sollte, nachdem wir die Teilung unseres Landes nach über vierzig Jahren überwunden haben, die Teilung der Welt in einen armen Süden und einen reichen Norden nicht hinnehmbar bleiben.

Es liegt bei uns, die Chancen, die die globalpolitische Situation in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts bietet, zu ergreifen, um einer stabilen Friedensordnung und einer ausgewogenen, fortschreitenden Entwicklung für alle Völker der Erde näher zu kommen.

Ann.: Dr. Volkmar Köhler, MdB, war lange Jahre Parlamentarischer Staatssekretär im BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er gehört dem EAK-Bundesvorstand an.

Die Protestantischen Kirchen in Chile

Von theologischer Passivität zu politischer Partizipation und neuem Kompromiß

Héctor Dario Olivares

Zum besseren Verständnis unseres Themas gehe ich in der Einleitung kurz auf die Situation in Lateinamerika ein. Im zweiten Teil behandle ich dann die verschiedenen protestantischen Kirchen in Chile. Das Augenmerk liegt dabei sowohl auf dem quantitativen Aspekt als auch auf den verschiedenen gesellschaftlichen, theologischen und politischen Ausrichtungen. Im letzten Teil werfe ich abschließend einen Blick auf die Zukunft des Protestantismus.

Die Situation in Lateinamerika

Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß erhebliche Unterschiede bestehen zwischen der römisch-katholischen Kirche und der protestantischen Kirche bezüglich ihrer Gründung in Lateinamerika und ihrer späteren Bedeutung. Die katholische Kirche kam hauptsächlich aus Spanien her. Sie hat eine einheitliche Doktrin, Liturgie und Glaubensrichtung. In der protestantischen Kirche hingegen vereinen sich verschiedene Strömungen aus unterschiedlichen Ländern: die Lutheraner aus Deutschland, die Calvinisten aus der Schweiz, Frankreich, Ungarn und Holland, die Presbyterianer aus Schottland, die Anglikaner aus England, die Methodisten aus Wales und England, die Waldenser aus Italien. Im Zuge von Einwanderungswellen kamen sie Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts nach Lateinamerika.

Unsere Hypothese besteht nun darin, daß der Liberalismus und die liberale Weltanschauung der Protestanten zwar nicht identisch sind aber doch viele Gemeinsamkeiten aufweisen. Die Protestanten üben vor allem im Hinblick der moralischen Seite Kritik an der vom demokratischen Liberalismus propagierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und treten stattdessen für eine begrenzte Staatsgewalt ein.

Daher betrachtete man den Protestantismus zunächst als eine Gefahr für die Grundwerte der traditionellen, konservativen Weltordnung. Später wurde seine Gesellschaftsstruktur jedoch durch die liberale Ideologie gerechtfertigt. Die von ihm propagierte Freiheit und Würde des Einzelnen grenzte den Protestantismus stark von der statischen, passiven Haltung der meisten anderen Christen ab.

Die römisch-katholische Kirche verkörperte die hispanistische Kultur, die

ationale Politik – eine Erbschaft des profanen hispanistischen Messianismus, der noch heute in katholisch-nationalistischer Prägung existiert. Vaterland, Tradition und katholischer Glaube sind eins: Wer das Vaterland verteidigt, verteidigt damit auch Tradition und Katholizismus.

Der Protestantismus lateinamerikanischer Prägung beinhaltet also sowohl eine fundamentale Kritik des Evangelismus als auch eine liberalideologische Kritik der traditionellen Gesellschaftsform. Mit anderen Worten ist sowohl die eigene Krise als auch die Chance, ein historisches Projekt zu realisieren, in ihm begründet. Der Liberalismus vertritt eine neue Auffassung vom Menschen und seiner Beziehung zur Welt.

Das bedeutet eine humanistische Herausforderung, eine Öffnung zu Neuem, und das in einem für die Geschichte Lateinamerikas entscheidenden Moment. Es ist also nicht mit einer oberflächlichen, allgemeinen Definition von Liberalismus getan. Vielmehr gilt es, kritisch zu hinterfragen und neu zu definieren, was Liberalismus wirklich ist und darüber hinaus welche Bedeutung dem Protestantismus bei der Verwirklichung einer neuen gesellschaftlichen, politischen und religiösen Ordnung in Lateinamerika zukommt.

In vielen lateinamerikanischen Ländern wurde eine schwache Demokratie durch ein starkes Militärregime ersetzt. Aber wir haben erkannt, daß wir wie Bettler über fruchtbare Felder wandeln.

Die der liberalen Theologie drohende Krise war jedoch schon durch den Einfluß post-liberaler Theologen aus Europa und den Vereinigten Staaten wie Karl Barth, Emil Brunner, Rudolf Bultmann und Reinhold Niebuhr vorprogrammiert. Es geht also

einerseits um den Niedergang der vom Liberalismus propagierten Ideale und zugleich um den Prestigeverlust der liberalen Theologie.

Die protestantischen Kirchen in Chile

Zunächst muß klargestellt werden, daß nicht von der „protestantischen Kirche in Chile“ gesprochen werden kann. Keiner kann die Alleinvertretung für sich beanspruchen, da es sich um eine Reihe von Splitterkirchen handelt. Derzeit gibt es in Chile über 600, als privat-rechtliche Körperschaften eingetragene Kirchen (die römisch-katholische Kirche ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft).

In Chile sind etwa 15 % der Bevölkerung Protestanten; die Wahlregister umfassen ungefähr 1,5 Millionen Große – ein politischer Faktor, der nicht zu vernachlässigen ist.

Bisher ist es praktisch nicht gelungen, die verschiedenen, in Chile vertretenen protestantischen Religionsgemeinschaften zu vereinen. Dieses Problem begründet sich in den ideologischen, geschichtlichen und theologischen Unterschieden, um nur einige zu nennen, und den verschiedenen Haltungen gegenüber dem Kommunismus. Diese Divergenzen sind im Zusammenhang damit zu sehen, daß der Protestantismus schon bei seiner Einführung in Chile aus vielen Splitterkirchen bestand.

Diese Heterogenität des Protestantismus steht der Bildung einer einheitlichen Kirche natürlich entgegen. Den politischen Pluralismus hingegen ist sie von großem Nutzen.

„Evangelisch“ ist heute gleichbedeutend mit „protestantisch“. Um den komplexen Sachverhalt etwas durchschaubarer zu machen, erachten wir es für sinnvoll, hier eine Klassifizierung der verschiedenen Ausrichtungen aufzustellen. Dabei sind wir uns absolut bewußt, daß keine Typologie Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Der chilenische Protestantismus läßt sich in drei Arten unterteilen:

- 1) Der klassische, historische, durch Einwanderung nach Chile gelangte Protestantismus
- 2) Der aus der Missionierung hervorgegangene, „evangelische“ Protestantismus
- 3) Der autochthone, pentecostale Protestantismus

Versuch einer Klassifizierung

Die zu erst genannte Art des Protestantismus ist eng mit den historischen Reformationskirchen und, zwar nicht ursprungsbedingt so doch inhaltlich, mit den ethnischen Migrationsgruppen verbunden.

Die zweite Art ging aus verschiedenen unabhängigen Missionsbewegungen wie den Baptisten, den Methodisten, den Presbyterianern u.a.m. hervor.

Die dritte Art geht auf pentecostale Splittergruppen verschiedener Kirchen nationalen Ursprungs, teilweise jedoch auch auf pentecostale Missionare aus Europa und den Vereinigten Staaten zurück.

Die Grenzen zwischen den einzelnen Strömungen sind natürlich fließend. So standen z.B. viele Pioniere der unter Punkt 1) genannten Glaubensgemeinschaften dem evangelischen Ethos nahe und wurden in ihrer Arbeit von ihm beeinflusst, so daß sie auch zu der zweiten Gruppe gezählt werden könnten.

Außerdem haben viele Protestanten neben dem Glauben an den heiligen Geist noch andere wesentliche Merkmale mit den Anhängern des „evangelischen“ Protestantismus gemein.

Man könnte demnach trotz der bestehenden Unterschiede von einer einheitlichen evangelischen Wesensart sprechen, die der Historiker Lalouette als puritanisch-pietistisch evangelische Ausrichtung bezeichnet.

Politisch gesehen sind die Kirchen der ersten Gruppe dem konservativen Lager zuzurechnen, da sie als kulturelle Enklaven einen überdurchschnittlichen Lebensstandard genossen und durch die Verbindungen zu ihren Herkunftsländern vom europäischen Zeitgeist beeinflusst waren. Die theologische, anders als die ideologische, Ausrichtung der meisten von ihnen kann jedoch nicht als konservativ bezeichnet werden.

Die zweite Gruppe umfaßt überwiegend die unteren Bevölkerungsschichten, hat sich jedoch zum Teil auch auf die Mittelschicht ausgedehnt, wo sie theologisch und politisch entsprechend weiter rechts anzusiedeln ist.

Die dritte Gruppe rekrutiert sich ausschließlich aus dem unteren Sozialfeld. In ihr finden sich die städtischen

Randgruppen mit ihren z.T. charismatischen Anführern, mit ihren Sitten und Gebräuchen, dem emotionsgeladenen Umfeld, deren Machtbereich sich zunehmend ausdehnt. Sie beziehen sich in ihrem Glauben direkt auf die Botschaft der Bibel, die Erleuchtung durch den Heiligen Geist. Aufgrund der starken quantitativen Ausdehnung, vor allem aber aufgrund ihres sozialen, nationalen Ursprungs liegt in dieser Gruppe die Zukunft des Protestantismus in Chile begründet.

Neue Haltung nach Ende der Diktatur

Die Militärdiktatur, vor allem ihre Menschenrechtsverletzungen, haben in Chile zu einer Politisierung der Evangelischen Kirche geführt. Sie hat ihren passiven Konformismus zugunsten politischer Partizipation aufgegeben und ist bestrebt, in Zukunft mehr politischen Einfluß zu gewinnen.

Die progressiven Vertreter sind darum bemüht, den theologischen Dualismus der konservativen Glaubensgemeinschaften zu durchbrechen, ihre Frömmigkeit zu überwinden. Sie wollen aktiv bei der Lösung der politischen und gesellschaftlichen Probleme mithelfen. Ihr Ziel ist es, die Anhänger des konservativen Protestantismus für die gesellschaftlichen Probleme zu sensibilisieren und so eine Erneuerung innerhalb der Kirche erreichen.

Auf der Basis einer neuen Bibelauslegung wollen die progressiven Kräfte zu einer realitätsnäheren Einschätzung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Situation Chiles gelangen. Sie greifen das Geflecht von Unterdrückung und Abhängigkeitsverhältnissen an und treten für einen christlichen Kompromiß ein, um so die nötigen Voraussetzungen für eine starke Demokratie zu schaffen.

An verschiedenen Punkten fordert auch der Protestantismus eine realistische Haltung gegenüber der Politik sowie eine realistische Zukunftseinschätzung, die Unterscheidung zwischen dem hiesigen, weltlichen Geschehen und der Kirche, dem göttlichen Reich und der Ewigkeit. Glaube, Leid und Liebe sowie praktizierte Nächstenliebe als Grundstein für ein neues, menschlicheres Miteinander sind die Hauptthemen vieler Schriften.

Die Notwendigkeit, die Realität durch einen „Schöpfungsakt“ zu verändern; die Neugestaltung der Realität und die Orientierung an ihr auf der Basis von Glaube und politischem

Kompromiß; die Schaffung neuer Werte, neuer Maßstäbe zur besseren Beurteilung und besserem Verständnis; eine neue Zeit, ein neues Reich, eine neue Welt, geschaffen durch das Vertrauen in die Verheißungen Gottes, der seit Anbeginn durch das Volk Israels wirkt; Jesus Christus, die Kirche und die Völker bis in alle Ewigkeit; die Notwendigkeit, unsere Ethik auf Basis einer neuen biblischen Sichtweise des göttlichen Reichs und der Ewigkeit zu interpretieren.

Abschließend bleibt zu sagen, daß wir auf einen zentralen Punkt, die Christologie, zusteuern. Wir gehen sogar soweit zu behaupten, daß wir dadurch von der bisherigen Betonung des göttlichen Reiches und der Ewigkeit abrücken und zu einer neuen Interpretation des Exodus, der Leidensgeschichte Christi und der Auferstehung gelangen.

„Stellt euch nicht den Kindern dieser Welt gleich. Das Leben der Christen kann sich nicht nach dem Zeitgeist richten, sondern nach den Geboten Gottes und nach Jesus.“

(Prof. Wolfhart Pannenberg)

Wir brauchen ein neues Selbstverständnis des christlichen Leidens, um unserem Glauben und dem Kampf für die Befreiung aller Unterdrückter neue Inhalte zu verleihen. Sonst könnte es passieren, daß zum Beispiel das Exilproblem, wenn es sich denn wiederholen sollte, zu einer Art Sackgasse wird, die uns nur wenig Möglichkeiten offen läßt, etwas an der festgefahrenen Situation unserer Gesellschaft zu verändern. Es könnte sogar soweit kommen, daß wir die Hoffnung auf eine Beseitigung der in unserem Land herrschenden Unterdrückung aufgeben und in Passivität verfallen, was einer Selbstaufgabe gleichkäme.

Das Evangelium verlangt jedoch von uns weder selbstmörderische oder masochistische Selbstaufopferung, noch unsinniges Leiden. Es beruft uns zu Zeugen („Märtyrer“ in der ethymologischen Wortbedeutung). Eine solche Berufung anzunehmen heißt, sie konkret umzusetzen; in unserem Fall bedeutet das, die Schmerzen der anderen zu erleiden, den Nächsten zu lieben wie uns selbst. Dies ist eine freie Entscheidung; die Entscheidung, christliche Verantwortung gegenüber der weltlichen Existenz zu übernehmen, unseren Egoismus zu überwinden und die Schmerzen auf uns zu nehmen, wie es vor uns Christus getan hat.

Haus des Friedens – Haus des Krieges?

Volkmar Köhler

Man muß einmal im Gespräch mit einem – auch im westlichen Sinne – hochgebildeten sudanesischen Fundamentalisten, wie Hassan Turabi, die abgrundtiefe Verachtung für den christlichen Westen erlebt haben, um im Extrem zu verstehen, was Moslems und Christen voneinander trennt.

Über alle kolonialistischen Verletzungen hinaus ist es der grundsätzliche Vorwurf, der westliche Geist habe in der Trennung von Gott, also durch die Aufklärung, die Fähigkeiten erworben, alles möglich zu machen und damit wirtschaftliche und technologische Kräfte zu entwickeln, durch die die Welt des Islam in die Rolle der absoluten Unterlegenheit gedrängt worden sei.

Durch diesen Verrat an der eigenen Seele und an Gott habe letztlich der Westen die Kraft gewonnen, um den Preis von 150 eigenen Toten 150.000 irakische Soldaten zu vernichten. Daher ist es unmöglich zu ruhen und zu rasten, bis diese Inferiorität der in Gott geborgenen islamischen Welt überwunden ist.

Was wissen eigentlich Christen und Moslems nach über 1.200 Jahren engerster Nachbarschaft voneinander? Unsere Islamwissenschaft erfaßt trotz eines hohen Standes nur Teile der Wahrheit, und journalistische „Experten“ vernebeln das Bild von der Welt des Islam eher, als es zu erhellen. Eine tieferegreifende islamische Wissenschaft vom christlichen Europa suche ich vergebens.

Nun sprechen wir also aufgrund der interessanten Analyse über „**Christen in islamischen Ländern**“, herausgegeben vom Referat Mission, Ökumene und Kirchlicher Entwicklungsdienst aus Stuttgart, über die verzweifelte Situation unserer Glaubensbrüder in der islamischen Welt. Der christliche Westen hat die Zerstörung des christlichen Libanon hingenommen. Die europäischen Kirchen haben sich seit Jahrzehnten nicht mehr ernsthaft für die verschiedenen Ausprägungen des Christentums in Nahost eingesetzt.

Der Glaube an eine Symbiose der drei großen Offenbarungsreligionen ist in der Praxis weitgehend widerlegt. Den Christen im moslemischen Umfeld verbleiben die Optionen der Hin-

nahme eines minderen Rechtszustandes, des Übertrittes zum Islam oder der Emigration. Wenn wir dies sehen, sollten wir nicht ganz vergessen, daß die Lage der Moslems in den christlichen Staaten Westeuropas trotz religiöser Toleranz auch manches zu wünschen übrig läßt.

Keine Chancen für christliche Gemeinden

Besonders erschreckend ist die Entwicklung der christlichen Emigration. In Ägypten, mit einer traditionell starken koptischen Gemeinde, sank die Zahl der Christen seit Beginn des Jahrhunderts von 10 % auf 7 %, im Iran von 15 % auf 2 % und im Irak von 35 % auf 5 %. Ähnlich dramatisch ist die Zahl in Palästina/Jordanien mit einer Verminderung von 25 % auf 4 %. Auf den ersten Blick erstaunt es, daß die seit Kemal Atatürk laizistische Türkei um 1900 noch 32 % Christen in ihren Grenzen zählte, während es heute nur 0,2 % sind.

Dahinter steht natürlich die Austreibung der kleinasiatischen Griechen und die Verfolgung der Armenier. Im Grundsatz bleibt aber festzuhalten, daß **christliche Gemeinden, geschweige denn Kirchen, nirgendwo im Ausbreitungsgebiet des Islam zur Zeit eine dauerhafte Überlebenschance haben.** Es ist ein großes Verdienst der genannten Analyse, dies deutlich vor Augen zu führen. Man kann kaum hoffen, daß es auf diesen Befund eine politische Antwort der christlichen Staaten Westeuropas oder wenigstens nur der christlichen Kirchen in ihrer Gesamtheit geben wird.

Unvollständig bleibt das Bild, wenn man nicht auch den Kampf des Islam und des Christentums um das Schwarze Afrika erwähnt. Dies unterläuft uns leicht, weil wir im Rahmen der Kolonialismusdebatte verlernt haben, über die christliche Mission in Schwarzafrika zu sprechen. Ihre Geschichte hat sicher verschiedene Seiten. Schließlich hat Stanley im vorigen Jahrhundert Missionare nach Zentralafrika gerufen, um das Vordringen der Araber, des Islam und des arabischen Sklavenhandels im Herzen Afrikas einzudämmen und zurückzudrängen.

Wir haben heute allen Grund, in Staaten, in denen traditionell starke Bindungen an unsere Missionswerke bestehen, wie Tansania, über das erneute Vordringen des Islam zu sprechen. Zum Bild gehört auch ein fundamentaler Unterschied in den Akzenten der Entwicklungshilfe. Der Westen Europas hat gelernt, seine Entwicklungshilfe von Bedingungen weitgehend freizuhalten. Die Entwicklungshilfe der islamischen Welt beginnt mit der islamischen Mission und hängt davon ab.

Modelle der Koexistenz

So sind diese beiden Religionen in einem, gelinde gesagt, harten Wettbewerb. In dieser Gegenüberstellung haben wir Christen allen Grund, im Spiegel des Islam die Fragen unserer eigenen Irrwege und unserer Identität zu analysieren. Wir haben auch die Frage nach unserer Toleranz zu stellen, selbst wenn die Toleranz des Islam fast alle unsere Wünsche verachtet. Eine wirkliche Verständigung der drei großen Offenbarungsreligionen, die alle im Nahen Osten geboren sind, ist oft andiskutiert worden und doch weiter von uns entfernt denn je. Wäre es nicht an der Zeit, wenigstens langfristige Modelle einer Koexistenz zu entwerfen, die es uns ermöglichen, einer fernen Zukunft der Aussöhnung entgegenzugehen?

Ann.: Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), MdB, ist Mitglied im EAK-Bundesvorstand.

Die Studie „Christen in islamischen Ländern“ wird herausgegeben vom Referat Mission Ökumene und Kirchlicher Entwicklungsdienst. Evgl. Landeskirche Württembergs.

Fortsetzung von Seite 5

Wie dereinst Christus sollen heute wir die Schmerzen unserer Welt erleiden. Aus den Erfahrungen der „Feuerprobe“ und dem „Exil“, von denen Petrus in seinen Briefen spricht, rührt die Hoffnung auf geteiltes Leid. Die Hoffnung auf eine Wiederauferstehung also, auf ein neues Leben. Eine Vision, eine große Freude. Nur so können wir mit Paulus sagen, daß „freudige Hoffnung“ uns erfüllt.

Ann.: Dr. Héctor Dario Olivares, gehört der Baptistischen Kirche in Chile an. Er ist Soziologe und Theologe und hat im Rahmen seines Deutschlandbesuches ein Gespräch mit der EAK-Bundesgeschäftsführerin in Bonn geführt.

Der Schutz von Minderheiten – Aufgabe unseres christlichen Menschenbildes und Herausforderung zugleich

Wolfgang Börnsen

Wer in Regionen mit aktiven Minderheiten lebt, erfährt eine kulturelle wie gesellschaftliche Bereicherung. Der Wettstreit von Ideen ist dort umfassender als anderswo. Die Mehrheit wird mehr in Frage gestellt, die Toleranz steht häufiger auf dem Prüfstand. Im Norden Deutschlands, wo Dänen und Friesen zu Hause sind, ist eine für Europa beispielhafte Minderheitenpolitik Wirklichkeit geworden. Dabei ist die Beachtung der Rechte der Volksgruppen eine entscheidende Voraussetzung für den Frieden in Europa, für eine dauerhafte europäische Friedensordnung. Minderheitenkonflikte sind, denkt man an das Wiedererwachen der nationalen Bestrebungen vor allem in Osteuropa, Zukunftskonflikte. Diese scheinbar nur regional auftretenden Probleme werden sich zu Krisenherden ausweiten, wenn die Politik eine überlegte Minderheitenpolitik versäumt.

Der Schutz von Minderheiten gehört für die CDU/CSU unzweifelhaft zum christlichen Menschenbild und zur Würde des Menschen. Für die Politik ist der Schutz von Minderheiten vor diesem Hintergrund christliche Selbstverständlichkeit und Herausforderung zugleich. Gegenwärtig wird nach Abschluß der Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission im Deutschen Bundestag über die Aufnahme des Minderheitenschutzes in das Grundgesetz diskutiert. Nach dem Votum der Gemeinsamen Verfassungskommission soll das Grundgesetz um einen Artikel 20 b mit dem Wortlaut „Der Staat achtet die Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten“ ergänzt werden. Dänen, Sorben und Friesen erlangen dadurch als regional eingrenzbar Minderheiten einen besonderen Schutz durch unsere Verfassung, eine Sicherheit, die es bereits in der Verfassung von Weimar gab. Diese jetzt mit Stimmen aus allen Parteien des Deutschen Bundestages beschlossene Empfehlung der Gemeinsamen Verfassungskommission ist ein entscheidender und wegweisender Erfolg für den Schutz von Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland.

Damit wird erstmals ein kollektivrechtlicher Schutz von Volksgruppen in das Grundgesetz aufgenommen. Der Rechtsqualität nach handelt es sich bei der durch Artikel 20 b vorgesehenen Achtung der Identität der ethnischen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten um ein Staatsziel. Es ist logische Konsequenz des von der Bundesrepublik Deutschland stets als Maxime der Politik beachteten Minderheitenschutzes, setzt zugleich aber mit Blickrichtung in unsere Gesellschaft ein Zeichen zugunsten der Minderhei-



Wolfgang Börnsen, MdB: Diskussionen um den Wert von Minderheiten haben zugenommen.

ten. Darin liegt der besondere Wert dieser Entscheidung.

Der Weg zu diesem Votum war lang und dornenreich. Neben Gesprächen aller Bundestagsfraktionen mit Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth waren auch die von der dänischen, friesischen und sorbischen Volksgruppe in vielen Vorgesprächen und in der Anhörung vorgetragenen und überzeugenden Argumente hilfreich. Folgt der Deutsche Bundestag dem Votum der Gemeinsamen Verfassungskommission durch Änderung des Grundgesetzes und Aufnahme des Artikels 20 b zum Minderheitenschutz, würde auf bundesrechtlicher Ebene ein wichtiger Baustein für den Minderheitenschutz gesetzt – beispielhaft für Europa.

Auf der Ebene der **Länder** gibt es bereits verfassungsrechtliche Regelungen zum Schutz nationaler Minderheiten und Volksgruppen. So sieht Artikel 5 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung vom

13.06.1990 einen Anspruch auf Schutz und Förderung für die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe im Lande vor. Hierfür waren die Kopenhagener Erklärungen der wichtige Wegbereiter. Die Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27.05.1992 gewährleistet und schützt in Artikel 5 Abs. 2 das Recht nationaler und ethnischer Minderheiten deutscher Staatsangehörigkeit auf Bewahrung ihrer Identität sowie auf Pflege ihrer Sprache, Religion, Kultur und Überlieferung. Gemäß Artikel 5 Abs. 3 achtet das Land die Interessen ausländischer Minderheiten, deren Angehörige sich regelmäßig im Land aufhalten. Artikel 6 der Verfassung anerkennt außerdem die im Land lebenden Bürger sorbischer Volkszugehörigkeit als gleichberechtigten Teil des (sächsischen) Staatsvolkes. In der Verfassung des Landes Brandenburg vom 20.08.1992 ist den Rechten der Sorben (wenden) ein eigener Abschnitt gewidmet.

„Charta der Volksgruppenrechte“

In der **Europäischen Gemeinschaft (EG)** wird seit einigen Monaten eine „**Charta der Volksgruppenrechte**“ diskutiert. Die Chancen stehen gut, daß sie noch vor Ende der laufenden Legislaturperiode im Juni 1994 verabschiedet wird. Gelänge dies, so würden allen Volksgruppen in der EU bald einklagbare Verfassungsrechte zustehen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte des Europäischen Parlamentes, Sigbert Alber, MdEP, führt in seinem Bericht zu Recht aus, daß der Schutz der Rechte von Volksgruppen wie auch der Rechte von Angehörigen solcher Volksgruppen ein „fundamentaler Bestandteil des internationalen Schutzes der Menschenrechte und damit ein wesentlicher Faktor für Frieden, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie“ ist.

Diese Volksgruppencharta darf nicht als unverbindliche Deklaration konzipiert werden, sondern sie muß durch die Einfügung eines entsprechenden Titels in den Vertrag über die Europäische Union auf der Nachfolgekonzferenz 1996 in die römischen Verträge integriert werden, will man ihrem Ziel ernsthaft gerecht werden.

Besondere Beachtung verdient auch die im Ratifizierungsverfahren befindliche Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen. Durch sie werden wichtige Förderungsinstrumente zum Schutz der

Sprachen von Minderheiten und Volksgruppen geschaffen. Die Bundesregierung hat für die Aufnahme in die Charta sorbisch und dänisch angemeldet. Friesisch und niederdeutsch werden noch geprüft. Für die Aufnahme des Niederdeutschen setzt sich im Bundestag eine überfraktionelle Initiative von rund 70 Parlamentariern ein.

Da auch die Volksgruppen außerhalb der zwölf EU-Mitgliedsstaaten schutzbedürftig sind, dürfen die Bemühungen im Rahmen des Europarates mit seinen 30 europäischen Mitgliedsstaaten nicht vernachlässigt werden. Die für die Mitglieder des Europarates völkerrechtlich verbindliche „Europäische Menschenrechtskonvention“ von 1953 schreibt vor, daß die Gewährleistung der in der Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten nicht aufgrund von Rasse, Sprache, Religion, nationaler Herkunft oder Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit eingeschränkt werden dürfen. Am 26. Juni 1992 ist das Instrumentarium zum Minderheitenschutz innerhalb des Gebietes der Mitgliedsstaaten des Europarates durch die „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ ergänzt worden.

Am 01. Februar 1993 verabschiedete die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine Empfehlung, die ein Zusatzprotokoll über Minderheitenrechte zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) betrifft. Diese neue Empfehlung gewinnt dadurch an Bedeutung, daß sie durch einen „Entwurf eines Zusatzprotokolls zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffend die nationalen Minderheiten und ihre Angehörigen“ ergänzt wird. Sie stellt fest, daß die Frage des Minderheitenschutzes „von höchster Dringlichkeit ist und zu den wichtigsten Aktivitäten zählt, mit denen sich der Europarat gegenwärtig befaßt“. CDU/CSU, SPD, F.D.P. und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben in einem gemeinsam eingebrachten Antrag die Initiative der Parlamentarischen Versammlung zur **Europäischen Menschenrechtskonvention** begrüßt und die Bundesregierung aufgefordert, sich aktiv dafür einzusetzen, daß das Zusatzprotokoll anläßlich der Konferenz der Staats- und Regierungschefs des Europarates verabschiedet und zur Unterzeichnung aufgelegt wird sowie das Zusatzprotokoll bei diesem Anlaß selbst zu zeichnen und es dem Bundestag zur Ratifikation vorzulegen.

Wie die Bundesregierung hierzu mitteilte, tritt sie „mit großem Nachdruck für das Vorhaben ein und fördert die vorbereitenden Arbeiten, die derzeit im Europarat auf Expertenebene in dem Ende 1992 neu eingerichteten Ausschuß zum Schutz nationaler Minderheiten durchgeführt werden“. Die Bundesregierung wies jedoch auf die „reservierte Haltung einiger anderer Mitgliedsstaaten“ hin, weshalb „derzeit noch nicht absehbar“ sei, „ob vor dem Ende des Jahres 1993 ein zeichnungsreifer Entwurf“ für das Zusatzprotokoll zur EMRK des Europarates vorliegen werde.

Menschenrechte gewährleisten!

Der 1975 in Helsinki begonnene KSZE-Prozeß hat seit dem Ende der kommunistischen Systeme in Osteuropa erhebliche Fortschritte im Minderheitenschutz erbracht. Zwar sind die Ergebnisse des KSZE-Prozesses nicht völkerrechtlich verbindlich und einklagbar; ihre politische Wirksamkeit haben sie jedoch bereits bewiesen, indem die Prinzipien der KSZE in den bilateralen Verträgen Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn entweder als Vorbild für die Formulierung minderheitenbetreffender Vertragstextpassagen dienten oder indem sie direkt in den Verträgen als Leitlinie staatlichen Handelns festgeschrieben wurden.

Innerhalb von gut zwei Jahren wurden im Rahmen von KSZE-Treffen Prinzipien festgelegt, die denen der Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates weitgehend entsprechen. Nach dem „Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE“ vom Juni 1989 sollen von den Teilnehmerstaaten besondere Maßnahmen ergriffen werden, „um die volle Gleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten mit anderen Bürgern bei der Ausübung und dem Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten“. Die Frage der Zugehörigkeit zu einer Minderheit „ist Angelegenheit der persönlichen Entscheidung eines Menschen und darf als solche keinen Nachteil mit sich bringen“. Angehörige nationaler Minderheiten haben nach dem Dokument das **Recht, ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen**, sie zu bewahren und weiter zu entwickeln. Insbesondere soll ihnen das Recht gewährt werden, sich ihrer Muttersprache frei zu bedienen und in ihr Informationen zu verbreiten.

Für die Mitglieder der **Vereinten Nationen** (UN) existiert seit 1966 der Artikel 27 des völkerrechtlich verbindlichen „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“, in dem es heißt, daß in „Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten ... Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorbehalten werden (darf), gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen“.

Im Dezember 1992 verabschiedete die UN-Vollversammlung die „Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“. In der Präambel der Erklärung betont die Vollversammlung selbst, die „wichtige Rolle“, die den Vereinten Nationen beim Schutz von Minderheiten zukommt. In insgesamt neun Artikeln ist das zusammengefaßt, was zum heutigen Standard des Minderheitenschutzes gehört; für Deutschland als UN-Mitglied verbindliche Handlungsgrundlage.

Insgesamt haben die Diskussionen um den Wert von Minderheiten bzw. Volksgruppen und ihrem rechtlichen bzw. völkerrechtlichen Schutz seit dem Ende des 2. Weltkrieges deutlich zugenommen, auch besonders auf europäischer Ebene. Vor diesem Hintergrund kann auch die Aufnahme des Minderheitenschutzes in die Verfassung für regional eingrenzbar Volksgruppen nicht mehr abgelehnt werden. Will man das Verständnis vom christlichen Menschenbild und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen ernstnehmen, gehört der Minderheitenschutz in das Grundgesetz. In der Gesellschaft ist dafür zu werben, daß die Angehörigen der einzelnen Volksgruppen gleichberechtigte Partner des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind und als solche akzeptiert, geschützt und gefördert werden müssen. Damit ist auch ein wichtiges Fundament zur Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa gelegt. Garantiert das zukünftige Grundgesetz Minderheitenrechte, dann wäre diese Rechtsposition auch ein Signal u. a. für deutsche Minderheiten besonders in Mittel- und Osteuropa. Sie können auf dieses Beispiel verweisen, um einen ähnlichen Status in ihren Herbergsstaaten zu erhalten. Die Bemühungen des Europarates und der KSZE-Staaten erhielten zugleich eine konkrete Verstärkung. ■

EAK in Ungarn

Miklós Lukáts

Im Frühling 1992 hat man zum erstenmal über die Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises innerhalb der Christlich-Demokratischen Volkspartei CDVP Ungarns nachgedacht. Der Parlamentarier und politischer Staatssekretär Miklós Lukáts und einige andere protestantische Abgeordnete sahen die Zeit reif genug dazu, daß sie innerhalb der Partei als deren organischen Teil, einen Arbeitskreis gründen, der sich bewußt verpflichtet weiß, die politischen und ethnischen Werte des Protestantismus in der christlich-demokratischen Politik darzustellen. Diese Vergegenwärtigung taten und tun wir als eine innerparteiliche Gemeinschaft, nicht aber als eine Fraktion oder Opposition. Dazu gab uns der Grundsatz der CDVP eine gute Möglichkeit, denn er spricht wörtlich aus: die CDVP ist eine – ökumenisch – offene Partei, noch mehr: sie ist offen für Menschen, die die Grundsätze akzeptieren.

In Ungarn leben ca. 2,4 Millionen Protestanten/davon ca. 1,8 Mio reformierte, 0,5 Mio evangelisch/lutherische und andere protestantische Freikirchen/neben den ca. 6 Millionen katholischen Mitbürger/innen. Den 2,4 Millionen Protestanten möchten wir eine wirkliche politische Alternative darbieten. Unter den 6 Parlamentsparteien und fast 80 außerparlamentarischen Parteiformationen will die CDVP ihre Politik deklariert an der Basis des christlichen Glaubens und Ethik aufbauen. Der Evangelische Arbeitskreis beweist und macht klar, daß die CDVP nicht nur den katholischen Mitbürgern gehört, sondern sie will und kann auch die Interessen aller ungarischen Christen und die der mit dem Christentum Sympathisierenden vertreten. Der EAK Ungarns ist bereit, mit den Bischöfen und Leitungen der protestantischen Kirchen offene und konstruktive Diskussion zu führen und Beziehungen zu pflegen.

Wir haben einen Grundbrief angenommen, um unsere Ziele, Grundsätze und Struktur klar darzustellen.

Seit einem Jahr hält der EAK Ungarns wöchentlich Sitzungen im Zentralgebäude der Partei mit theoretischen und praktischen Schwerpunkten. Im Auftrag des Vorstandes der CDVP konnte der EAK seinen Beitrag zur Ausbildung der Grundsätze der Partei leisten. Wichtige Rolle spielen



Miklós Lukáts (li.) und Lajos Békefi auf der 34. Bundestagung.

in unserer theoretischen und praktischen Orientierung die Erfahrungen der ausländischen verwandten Organisationen, darunter auch der EAK der CDU/CSU.

Was haben wir bis jetzt getan?

Vor einem Jahr konnten wir bei der 33. Bundesversammlung in Wittenberg dabei sein. Diese historische Stadt, die Jahrestagung, die Rede von Bundeskanzler Kohl und einige Publikationen des EAK haben uns wirklich so stark fasziniert, daß wir von dort, im politischen Sinne erneuert, „reformiert“ heimgekehrt sind. Dort entdeckten wir die Abhandlung von Dr. Gottfried Mehnert über Werden, Wirken und Wollen des EAK der CDU/CSU, die wir schnell, mit geändertem Titel/„Protestanten in der christlichen Demokratie – Was wir aus dem deutschen Weg lernen können“/veröffentlichen. So ging augensichtlich die wahre Prophetie von CDU-Generalsekretär Peter Hintze schnell in Erfüllung, denn er hatte im September 1992 zum Geleit der Abhandlung geschrieben: „Ich wünsche seiner Arbeit die verdiente Anerkennung und weite Verbreitung“.

Über die Erbschaft des Protestantismus, über die wichtigsten Prinzipien haben wir gründlich nachgedacht und folgende aussondiert: 1/aus der evangelisch-lutherischen Erbschaft die Freiheit eines Christmenschen und die Verantwortung; 2/aus der reformiert-kalvinischen Erbschaft aber die kommunale Selbstbestimmung/verantwortliche Autonomie/die selbstgrenzende, puritane Lebensführung und die föderalistische Offenheit.

Für die öffentliche Bekanntmachung dieser Grundaspekte halten wir Konferenzen ab. Z.B. ein Wochenendseminar über das Thema: „Nationale Selbstachtung und Selbstwert – Ihre Wurzeln und unsere Aufgaben“, wo die Experten das Thema historisch, soziologisch, pädagogisch, theologisch

untersuchten. Am 15. Oktober war die Vorstellung der Abhandlung von Herrn Mehnert. Aus diesem Anlaß hielt er einen Vortrag über den protestantischen Beitrag zur christlich-demokratischen Politik, die ein gutes Echo fand.

Die Landes- oder Bezirkskirchen organisierten vor kurzem Tagungen für Presbyter, Kirchenvorsteher über Glauben und Politik, Politik und Ethik: Öffentlichkeitsauftrag der Christen und Kirchen, wo wir auch teilnehmen können und die Teilnehmer über unsere Tätigkeit als EAK aus erster Hand informieren.

In dem Nachrichtenbrief der CDVP „Hirlevél“ haben wir regelmäßig einen Teil, wo aktuelle Themen, die uns beschäftigen, veröffentlicht werden können. Mit der Barankovios-Stiftung und durch sie mit der Konrad-Adenauer-Stiftung haben wir gute Kontakte.

Wir sind sehr dankbar, daß die Beziehungen mit dem EAK der CDU/CSU erst durch die Hilfe von der ehemaligen EAK-Bundesvorsitzenden, Bundesministerin Dr. Angela Merkel, entstehen konnten. Ihre Unterstützung vergessen wir nie! Unsere Sache und Bemühung begleitet von Anfang an als eine gute Beraterin Bundesgeschäftsführerin Birgit Heide. Der Vorstand unseres Arbeitskreises hofft, daß nach dem guten Anfang auch die nächsten Schritte kommen können. Mit dieser Hoffnung gratulieren wir herzlich dem neugewählten Bundesvorsitzenden, Herrn Bundesminister Jochen Borchert!

Wir bemühen uns mit unserer protestantischen Haltung, zur Demokratisierung der Gesellschaft, zur Wieder-Europäisierung der Öffentlichkeit und Politik unseren Beitrag zu leisten. Kurz und gut: „Nichts über uns – ohne uns!“ - „Nicht nur die Kirche, sondern auch die Politik braucht Erneuerung!“.

Ann.: Miklós Lukáts, pol. Staatssekretär, ist Vorsitzender des EAKs der CDVP

Gemeinsame Herausforderung für Staat, Kirche und Gesellschaft

„Das Vorbereitungspapier zum Schwerpunktthema der Synode trägt den Titel „Leben im Angebot – protestantische Orientierung in der modernen Welt“. Es lädt ein, die Chancen des Glaubens in unserer Zeit neu zu beleuchten. Mit diesem Thema steht die Tagung in der Tradition vergangener Synodalberatungen, wo ja ebenfalls gefragt wurde: Wie gelingt es uns in der heutigen Zeit, den Glauben weiterzugeben und anderen die Dimension christlichen Weltverständnisses nahezubringen.

Die Häufung solcher Fragen in unserer Kirche, aber auch in der Katholischen Kirche, offenbart eine gewisse Ratlosigkeit angesichts des kirchlichen Alltags, der Kirchenaustritte und vieler anderer Sorgen mehr. Die Synode wird hier einmal mehr versuchen, um Perspektiven zu ringen. Ich glaube, dies ist besser als kirchliche Identität allein einem vermeintlichen Zeitgeist anzulasten und sich dann vielleicht auch in eine feste Burg einer selbstgewissen Minderheit zurückzuziehen.

Vor gut einem Monat haben sich die katholischen Bischöfe Deutschlands auf ihrer Herbstvollversammlung mit einer Studie befaßt, die die Haltung zur Kirche demoskopisch beleuchtet. Vor wenigen Tagen, und das ist keine zufällige Parallele, hat die EKD ihre neue Mitgliederstudie unter dem Titel „Fremde Heimat Kirche“ vorgelegt. Was wir dort erfahren, wissen wir im Grunde genommen, daß nämlich im zentralen Moment menschlicher Existenz – bei der Geburt, der Eheschließung – die Kirche für eine große Zahl ihrer Mitglieder weiterhin ohne Wenn und Aber dazugehört. Dagegen hat ihre Bedeutung im alltäglichen Leben ihrer Mitglieder abgenommen. Kirche ist aber von ihrem Wesen her Gemeinschaft, und sie kann als Gemeinschaft wahrgenommen und gelebt werden. Und wenn das nicht der Fall ist, dann geht es schon ans Eingemachte.

Es kann hier nicht darum gehen, Schuldige für diese Entwicklung zu suchen, dafür, daß der Individualismus so im Mittelpunkt steht, zumal auch der hohe Wert individueller Freiheit gerade auch in unserer Kirche ganz unumstritten ist. Wohl aber muß die Frage gestellt werden, ob der Gesichtspunkt individueller Freiheit nicht auch in kirchlicher Verkündigung gegenüber dem Prinzip der Gemeinschaft und der Bindung bisweilen nicht überbetont worden ist.

Das Grundgesetz stellt unter seinen besonderen Schutz: die Ehe, die Familie, die Kirche, die Schule und vieles mehr. Zu Unrecht sind diese Institutionen bisweilen verkürzt worden auf



Der EKD-Ratsvorsitzende Klaus Engelhardt (r.), auf der EKD-Synode in Osnabrück im Gespräch mit dem Vertreter der Bundesregierung, Minister Friedrich Bohl. *idea-bild*

bloße Ordnungseinrichtungen. Ich finde, sie sind doch Orte, wo sich neue Lebensmöglichkeiten auftun, Orte der Bewährung. Deshalb meine ich, daß auch die Bedeutung sozialer Tugenden vor diesem Hintergrund neu befragt werden darf. Pflichtbewußtsein, Hilfsbereitschaft, Zuverlässigkeit brauchen ohne jeden Zweifel ein ethisches Fundament. Aber diese Tugenden sind auch Ausdruck der Bindung und der Bindungsfähigkeit. Ich finde, sie eröffnen damit Chancen der Bewährung.

Die Kirche kann bei den Defiziten an Geborgenheit, Übersichtlichkeit, Verlässlichkeit in dieser ständig verändernden Welt ein Alternativmodell sein. Die Stärke dieses Alternativmodells liegt darin, daß es nicht rein funktioneller Natur ist: Die Frage nach der Kirche, die Frage nach ihrer Existenz ist keine Frage nach der Nützlichkeit oder Zweckmäßigkeit. Die Kirche verdankt sich nicht irdischem Kalkül, sondern ist geschenkte Existenz. Ich glaube, dies macht sie in ihrer Glaubwürdigkeit so überzeugend. „

Anm.: Auszug aus dem Grußwort des Bundesministers Friedrich Bohl anlässlich der EKD-Synode

„Wenn der Einigungsprozeß gelingen soll, muß der Abstand zwischen den Lebensverhältnissen in Ost und West verringert werden, müssen sich die Menschen im Osten von der Vorstellung trennen, es gehe um einen schnellen Aufholvorgang, und müssen die Menschen im Westen Deutschlands zu der kritischen Prüfung bereit sein, ob die Lebensverhältnisse der alten Bundesländer in jeder Hinsicht erhaltens- und nachahmenswert sind. Was können und müssen wir im Westen dazu beitragen, um Gemeinsinn und Gemeinwohl zu fördern? Wir sagen schnell von den Kanzeln, daß wir von unseren Besitzständen runter müssen. Wir schelten Anspruchsdenken und Selbstbedienungsmentalität. Wir fordern auf, unseren Lebensstil einzuschränken. Das alles ist richtig. Nur woher die Kraft nehmen?“

Wir brauchen die Kraft Jesu, der mit seinem Ruf zur Umkehr, zum Reich Gottes die Angst nimmt, zu kurz zu kommen. Die politische Aufgabe, vor der unser Volk steht, wird daher für Christen im besonderen zur geistlichen Herausforderung. Unsere Biographien und Prägungen, die in der Zeit der Trennung gewachsen sind, sind verschieden. Sie sind nicht zu Mustern ohne Wert geworden, nur weil der politische und gesellschaftliche Kontext sich grundlegend verändert hat.

Die wieder gemeinsame EKD ist darauf angewiesen, daß sie von den Gliedkirchen und ihren Gemeinden in Ost- und Westdeutschland mitgestaltet wird. Ich sehe gegenseitigen Klärungsbedarf bei der Anfrage, was es mit dem sog. Öffentlichkeitsauftrag der Kirche auf sich habe. Da ist die Kritik des Ostens an der alten westlichen EKD, die sich zu breit, zu flächendeckend auf öffentliche Aufgaben eingelassen habe. Umgekehrt bringe ich schwer zusammen, wie die Kirchen des Bundes im Herbst 1989 diese große Öffentlichkeit nicht gescheut und dann auch eine einmalige Öffentlichkeitsresonanz gefunden haben und jetzt oft voller Fragen, Bedenken und Zweifel sind im Blick auf die Aufgaben, die sich öffentlich stellen. „

Anm.: Auszug aus dem Bericht des Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Prof. Dr. Klaus Engelhardt, Nov. 1993

Bücher

**Kurt Rommel (Hrsg.): Lichte
leuchten weit
Geschichten, Lieder und Ge-
dichte zur Weihnachtszeit,
Quell Verlag, Stuttgart 1993.**

Die Weihnachtszeit ist die Zeit der Lichte, der Kerzen und Sterne. Wie gerne zünden wir die Kerzen am Adventskranz an, wie sehr freuen wir uns über die brennenden Lichte am Christbaum und über den Stern der Sternsinger, die zum Fest der „Heiligen Drei Könige“ von Haus zu Haus ziehen.

Advent, Weihnachten und das Fest der Heiligen Drei Könige bilden den Weihnachtsfestkreis und sind drei Feste mit einem eigenen Akzent und einem besonderen Zeichen. Davon zeugen die in diesem Buch zusammengetragenen Geschichten, Lieder und Gedichte. Sie wollen uns durch die Weihnachtszeit begleiten, zum Singen und Vorlesen anregen und mit der langen und traditionsreichen Geschichte des Weihnachtsfestes vertraut machen.

Die Adventszeit ist bestimmt von vielen kleinen und großen Geheimnissen vor dem Christfest. Daran erinnern wir uns gerne das Jahr über, und darauf freuen wir uns immer wieder aufs neue. Die Adventszeit ist aber weitaus mehr als die Vorbereitungszeit auf Weihnachten. Sie drückt das aus, was zu allen Zeiten zum Menschen gehört: Warten auf Gott und seine Liebe.

Die Weihnachtszeit hat viele Seiten. Die Lichte aus der Krippe von Betlehem verweisen auf die Geburt Jesu Christi, der für uns starb und an Ostern auferstand. Dort in der Krippe begegnet uns die heilige Familie mit dem Kind, das die Welt durch seine Hingabe und Zuwendung verändert hat. Ihm können wir Vertrauen schenken.

Mit dem Fest der Heiligen Drei Könige endet bei uns die Weihnachtszeit im engeren Sinn. Trotzdem ist diese Zeit mehr als ein Nachklang zu Weihnachten. Durch sie wird deutlich, daß die frohmachende Botschaft Jesu Christi allen

Menschen gilt. Sein Licht leuchtet weit – er ermutigt uns dazu, seine Liebe an die Menschen nah und fern weiterzugeben.

aus: *Vorwort*

**Erhard Domay (Hrsg.):
Mein Engel hat immer Zeit für
mich. Geschichten und Ge-
dichte für Kinder.
Verlag Ernst Kaufmann, Lahr
1993.**

Wie Engeln Flügel wachsen

„Haben alle Engel Flügel?“ frage ich meinen Engel, der mich gestern besuchte.

„Ja“, sagt er. „Aber nicht alle Engel können fliegen.“

„Wieso nicht? Wenn sie schon Flügel haben!“

„Es kommt darauf an, wer ihnen die Flügel wachsen läßt“, sagt mein Engel. „Schau mich an!“

Ich mustere ihn und bin verblüfft. „Du hast ja gar keine Flügel. Wie kann ich dann darauf kommen, daß du ein Engel bist?“

Er lächelt mich ein kleines bißchen spöttisch an. „Selbstverständlich habe ich Flügel. Aber erst, wenn du an mich denkst, wenn ich dir im Traum erscheine.“

„Durch meine Gedanken wachsen dir Flügel?“

„Ja.“ Er nickt eifrig und aufmunternd.

„Also darfst du nicht da sein, damit die Flügel aus den Achseln sprießen?“

„So ist es. Ich muß fort sein und von deinen Gedanken getragen werden, deiner Sehnsucht nach mir, weil du mich magst.“

„Ich mag dich, Engel“, sage ich und versuche, ihn zu umarmen. Doch er ist schon fort, und alle meine Gedanken hasten ihm nach. Jetzt fliegt er, mein Engel, denke ich.

*Peter Härtling
aus: „Mein Engel hat immer Zeit
für mich“*



aus: **„Lichte
leuchten weit“**

★ ★ ★

**Peter Cornehl/Martin Dutz-
mann/Andreas Strauch (Hrsg.):
In der Schar derer, die da feiern,
Vandenhoeck & Ruprecht, Göt-
tingen 1993.**

Feste haben einen hohen Stellenwert. Über ihren Sinn, ihre Bedeutung und auch ihre Fragwürdigkeit wird nachgedacht. Soll z.B. die Zahl kirchlicher Feste aus politischen und finanziellen Gründen verringert werden?

In drei Teilen reflektieren die Autoren über Feste (I) außerhalb und innerhalb der Kirche, (II) im Kirchenjahr und (III) im kirchlichen „Alltag“. Feste als „Unterbrechung des Lebens“ wollen gefeiert werden. Gehört der Gottesdienst dazu, beispielsweise am Nationalfeiertag?

Projekt Nr. 07168/Sudan

Tradition hat Zukunft

Der Sudan ist das größte Land Afrikas. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges 1983 sind Hunderttausende aus dem Süden und Westen des Landes in die Hauptstadt Khartoum geflohen. Dort leben sie in Flüchtlingslagern am Rande der Stadt ohne Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeit, ohne Zukunft.

BROT FÜR DIE WELT unterstützt Projekte von Frauen, die sich in Selbsthilfegruppen zusammengenommen haben, um ihr Leben im Lager aktiv in die Hand zu nehmen.

Danke für Ihre Spende!

Denn nun können sie weben, nähen, batiken. Auch Seife und Parfüm stellen die Flüchtlingsfrauen in ihren Selbsthilfegruppen her. Sie erwerben sich wichtige Grundlagen für ein Leben in Würde und Selbstbestimmung.

Danke für das Stück Hoffnung!

DEN ARMEN GERECHTIGKEIT

Brot für die Welt

Postgiro Köln 500 500 500
Postfach 10 11 42, 70010 Stuttgart

„Christus ist unser Friede“

Im Oktober 1993 wurde in Lübeck ein neuer Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises gewählt. Wir haben alle Vorstandsmitglieder gebeten, sich unseren Lesern dadurch vorzustellen, daß sie ihre ganz persönlichen Gedanken zur Jahreslosung aufschreiben.



Hans Bleckmann, Pinneberg
geboren am 24.2.1934 in Göttingen
verheiratet, zwei Kinder
Tätigkeit in einer Anwaltskanzlei für
den Bereich Konkursabwicklung

„Die für 1994 ausgewählte Losung „Christus ist unser Friede“ folgt der 93er Losung „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Gut ausgewählt, so empfinde ich. Doch zugleich kommt mir wieder die Frage in Erinnerung, die ich mir seit einigen Jahren wiederholt gestellt habe:

Was sagen uns in einer orientierungslos scheinenden und wachsenden säkularen Zeit solche verheißungsvollen Worte. Hier und da finden sie in Neujahrspredigten Beachtung und danach ...?

Wer nimmt sie über ein ganzes Jahr zur Kenntnis und richtet sein Tun und Lassen danach aus? Realität ist, daß Zwietracht, Haß, Neid, Habgier, Egoismus, Lug und Trug, Arroganz, Intoleranz u.a. unser menschliches Zusammenleben erschweren und belasten, auch die zahlreichen Bürgerkriege mit den vielen Leidens- und Schreckensbildern uns bedrücken.

Was ist da unser Friede? Der Weltfriede? Der innere Friede? Der soziale Friede? Ist Friede teilbar? So erinnert mich diese Losung für 1994 zugleich an den Propheten Jeremia:

„Friede, Friede und ist doch nicht Friede“ (Kap. 6 u. 8) und in Kap. 8, Vers 15 „Wir hofften, es sollte Frieden werden, aber es kommt nichts Gutes“.

Zwischen diesen ernüchternden Feststellungen Jeremias und der Gewißheit für Christen, daß Christus unser Friede ist, wird uns die ganze Spannungsbreite vor Augen geführt. Von daher sehe ich es als eine herausragende Aufgabe des EAK, unseren Freunden in der CDU die Bedeutung der christlichen Zusammenhänge für das tägliche politische Reden und Handeln immer wieder neu ins Bewußtsein zu rufen.“



Arnulf Borsche, Frankfurt
geboren am 15.3.1928
verheiratet, 3 Kinder

„Christus ist unser Friede“ (Eph. 2,14), die Jahreslosung für 1994, schließt sich in ihrer Aussage eng an das Weihnachtsgeschehen an; schon bei Jesaja ist das Kinder der „Friedefürst“, und „des Friedens wird kein Ende sein!“ Die Botschaft des Friedens in Christo, verkündet auch in finsternen Zeiten, war und ist es, die Hoffnung und Zuversicht gab und gibt. Auch 1994, wo noch immer Haß und Feindschaft auch bei uns drohen, ist Christus unser Friede; denn nur Frieden mit uns selbst und Mit-Menschlichkeit läßt uns auch dem Frieden in der Welt näher kommen.“



Stefan Daxsel, Berlin
geboren 1950 in Leipzig,
ledig
Grafik-Designer

„Das Wort Frieden ist ein von uns geschundenes Wort. Was haben wir

mit ihm nicht schon alles angestellt? Wir leben heute in Deutschland in Abwesenheit von Krieg, also im Frieden. Reicht das aus? Moralische Verachtung des Friedens, der sich aus der Abwesenheit von Krieg definieren muß, ist mitunter eine Überheblichkeit von Menschen, die in diesem Frieden leben. Die meisten Menschen in Sarajevo oder Georgien sehen das sicher anders. Es gibt auch ganz bestimmt keinen heiligen Krieg, aber der Frieden, der die Abwesenheit von Krieg ist, muß uns schon heilig sein.

Zugegeben, das ist nicht der Frieden, nach dem wir uns sehnen und wenn wir es bei ihm belassen, können wir diesen kaum erhalten oder er mündet in tödliche Erstarrung. Ich, als Bürger aus den „neuen Bundesländern“, habe da meine Erfahrungen aus der Vergangenheit.

Der Frieden der Jahreslosung ist ein ganz anderer. Er entzieht sich unserer sachlichen Analyse. Von ihm kann nur in Bildern gesprochen werden. Auch Jesus sprach deshalb wohl oft in Bildern. Ich vergleiche den Frieden, den die Jahreslosung meint, mit einem Brunnen in der Wüste, aus dem wir trinken dürfen. Wir dürfen Kraft sammeln. So erquickt, ziehen wir getrost voran. Satt des klaren Wassers, können wir der sengenden Hitze des Hasses widerstehen, der Heimtücke des Sandsturmes standhalten, und die Gleichgültigkeit der Steine ertragen.“



Ute Ernsting, Nienburg
51 Jahre alt
verheiratet, 4 Kinder
Hausfrau

„Christus ist unser Friede: In Zeiten der Gewalt und Sprachlosigkeit wird Jesus mit seiner Botschaft immer wichtiger. In tätiger Nächstenliebe und in der Bereitschaft, Verantwortung in Familie und in der Politik zu übernehmen, sehe ich meine Chance, zum friedlichen Zusammenleben der Menschen beizutragen. So gibt mir das Angebot Christi die Kraft und den Mut dazu.“

Dietmar Franke, Dresden
geboren am 30.5.1938 in Chemnitz
verheiratet, 2 Kinder
Bauingenieur
Mitglied des Landtags

„Was ist unser Friede? Ist es, daß wir nicht im Krieg leben müssen, nicht in den Nächten in die Luftschutzkeller gehen, wie ich es selbst auch noch erlebt habe; oder daß wir mit unseren Mitmenschen, der Familie, den Nachbarn, den Arbeitskollegen in Frieden leben; oder daß wir mit uns selbst im Frieden sind, daß zwischen Glaube und politischem Handeln kein Bruch ist in uns, und wir den Seligpreisungen der Bergpredigt Platz geben in unserem Tun; oder wenn wir im Frieden mit und in der Umwelt leben? Es ist wohl alles zusammen, zumindest in großen Teilen. Diesen Frieden findet, wer das Leben Jesu als Leitbild für menschliches Leben sieht. Deshalb ist Jesus unser Friede.“



Dr. Ingo Friedrich
geboren am 24.1.1942
verheiratet, 2 Kinder
Diplom-Volkswirt
Mitglied des Europäischen Parlaments

„Hermetisch verriegelte Grenzen haben ein Drittel der Menschheit jahrzehntelang weggesperrt. Die Revolution von 1989 mit der plötzlichen Öffnung des Eisernen Vorhangs hat eine Flut neuer Probleme über uns hereinbrechen lassen. So sehr wir uns heute noch über den Fall der Mauer freuen müssen, wir erkennen und akzeptieren, daß alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erfaßt worden sind: Nichts bleibt wie es war!“

Dies alles führt zu Verunsicherung, Ängsten und Sorgen. Die Jahreslosung kann dazu beitragen, unsere Hoffnung auf Frieden und Stabilität zu stärken und immer wieder neu zu begründen. Wir dürfen darauf vertrauen, daß ER uns auch durch die Turbulenzen und Veränderungen des Neuen Jahres führen wird.“



Dr. Hans Geisler, Dresden
geboren am 22.3.1940 in Lauban
verheiratet, vier Kinder
Diplom-Chemiker
Staatsminister in Sachsen

„Christus ist unser Friede“. Eine Feststellung – keine Frage. Eine Zusage, die unser Zweifeln, unser Unzufriedensein überwindet. Wenn wir uns in die Nachfolge Christi stellen, sind wir in seinen Frieden hineingenommen. Friede ist mehr als Zufriedenheit, ist mehr als erfüllte Wohlstandserwartung. Der Frieden, den Christus bringt, bedeutet Leben. Christus schafft Raum für Leben für alle Menschen und wir sind daran beteiligt. Als Christ in der Politik möchte ich dem Leben von vielen Menschen Raum schaffen, Chancen geben – dabei erlebe ich Freude und fühle mich geborgen.“



Dieter Hackler, Bonn
geboren am 3.10.1953
Bundesbeauftragter für den Zivildienst
verheiratet, 3 Kinder

„Dieses Wort entlastet und ermutigt uns. Es stellt klar: Friede ist schon – ohne unser Zutun. Nicht blasser Seelenfrieden, nicht satte Selbstzufriedenheit. Sondern: Friede von Gott durch Christus. Das heißt: Gott hat uns angenommen, ihm können wir vertrauen im Leben und im Sterben. Bei ihm sind wir geborgen. Das ist die Grundlage zum Leben. Diese Grundlage zum Le-

ben gilt nach Gottes Willen allen Menschen. Wir können sie nicht für uns behalten. Es kommt darauf an: Gottes Liebe zu uns Menschen zu bezeugen. In seinem Namen von Hoffnung und Zukunft zu reden und im Vertrauen auf ihn die Gegenwart zu gestalten.

Christus ist unser Friede – das ist das Angebot zum Leben für uns und alle Menschen. Entlastung und In-Dienst-Stellung.

In den bevorstehenden Advents- und Weihnachtstagen sollten wir aller Hektik zum Trotz versuchen, diesen Zuspruch zu Herzen zu nehmen und zu vertiefen. So können wir getrost und fröhlich in das Jahr 1994 gehen.“



Gustav Isernhagen, Wietzenorf
geboren am 20.1.1937
verheiratet, 2 Kinder
Mitglied des Landtages Niedersachsen

„Der Abschnitt im Epheserbrief, aus dem die Jahreslosung „Christus ist unser Friede“ genommen ist, trägt die Überschrift: „Die Einheit von Juden und Heiden in Christus!“ Paulus macht den Heiden-Christen deutlich, welchen Zugewinn sie davon haben, daß sie, die einst „in der Ferne“ waren, jetzt „durch Christi Blut in seine Nähe“ gerückt sind und damit der Graben überwunden ist. Aber nicht nur, um den Abstand zu Gott, sondern auch um die Trennung von den Juden-Christen geht es ihm. Und damit sind wir in doppelter Weise auch heute ganz persönlich gemeint: durch „ihn wird der ganze Bau zusammengehalten“, aber auch wir „werden zu einer Wohnung Gottes erbaut“.

Das ist eine mutmachende und beauftragende Zusage, die wir zu Weihnachten wieder neu hören und gleichzeitig die Mahnung, unsere Grenzen zu erkennen und auf den „Schlußstein Christus Jesus“ unsere ganze Zuversicht zu setzen. Daran läßt sich 365 Tage buchstabieren und unermüdlich arbeiten.“



Dr. Sieghard Kampf, Hamburg
geboren am 6.12.1942
verheiratet, Mediziner
Mitglied der Hamburger Bürgerschaft

„Uns“, so sagt Jesaja, „ist ein Kind geboren und heißt Friede-Fürst“. In der Weihnacht verkünden die Engel über der Geburt des Kindes „Friede auf Erden“. Mit dieser Botschaft spricht Gott in Jesus Christus der Welt Frieden zu! Dieser Frieden muß aber immer wieder neu erbeten werden. Er wächst dort, wo sich Menschen dem Glauben zu diesem Christus öffnen. Frieden in der kleinen Gemeinschaft der Familie läßt sich nicht von der größeren des Staates oder dem Frieden zwischen den Völkern trennen. Es sind die Menschen gefragt, die sich nicht auf die eigene Kraft verlassen, sondern die das christliche Friedensangebot annehmen. Wo Menschen für andere da sind und Opfer bringen, kann Frieden entstehen und bewahrt werden. Die Jahreslosung 1994 ist das „Kennwort“ für die einzig wahre Friedensbewegung!“



Dr. Volkmar Köhler, Wolfsburg
geboren am 20.5.1930
verheiratet
Mitglied des Deutschen Bundestages

„Unfriede und Not in Bosnien, Kurdistan, Somalia, Burundi. Arbeitslosigkeit, soziale Spannungen, Fremdenfeindlichkeit und politische Radikali-

sierung im eigenen Land. Vor uns – so erinnern uns jährlich die Mißvergnügten – der kommerzielle Weihnachtsrummel. Die Bilanz des Jahres 1993 ist entmutigend. Wie sollen wir da den Stern von Bethlehem sehen, die frohe Botschaft annehmen, den Friedensfürsten erkennen? Ist es nicht eher unwahrscheinlich, daß wir 1994 besser gestalten können? Halt! Für uns ist eben nicht alles machbar. Christus ist der Herr, in ihm liegt unser Friede. Das gibt Gewißheit und Zuversicht. Und deshalb ist es allemal besser ein Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu beklagen.“



Christine Lieberknecht, Erfurt
geboren am 7.5.1958
verheiratet, zwei Kinder
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

„Müßte hinter diesem Satz nicht ein Fragezeichen stehen? Frieden kennen wir als Vertrag auf einem Blatt Papier mit wichtigen Unterschriften. Er steckt den großen Rahmen ab, den es immer wieder zu gestalten gilt.“

Die Jahreslosung 1994 gibt uns den Schlüssel dafür, daß Frieden mehr ist, als die Einhaltung eines Vertrages. Wir möchten Frieden, dem wir trauen können. Deshalb hat Jesus Christus nicht zuerst nach Frieden im großen Rahmen gerufen. Er hat Frieden gelebt: mit den Menschen seiner Umgebung, Frauen und Männern, Gesunden und Kranken, Nahen und Fernstehenden. Wie wär's? Versuchen wir das 1994 auch?“



Albrecht Martin, Bad Kreuznach
geboren am 9. 7. 1927
verheiratet, 4 Kinder
Staatsminister a. D.

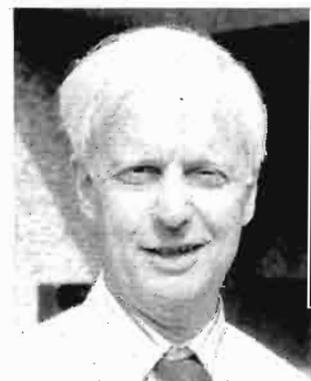
„Sehnsucht nach Frieden durchzieht das Denken und Dichten, das Beten und auch die Verzweiflung der Menschen, solange wir ihre Geschichte überblicken können. Das geschieht doch wohl deshalb, weil es immer wieder enttäuscht wird, weil nicht der Friede, sondern der Unfriede der Normalzustand unter den Menschen ist; ein Blick in Vergangenheit und Gegenwart bestätigt das.“

Dem setzt der Apostel klar, fast etwas gewaltsam, das Bekenntnis entgegen: „Christus ist unser Friede!“ Das ist Gegenwart, nicht Zukunft, nicht Hoffnung, auch nicht der Aufruf, etwas für den Frieden zu tun. Es kann sich also nicht um den Frieden handeln, an den wir zunächst denken, den zwischen Menschen und Völkern.

Unserer Zeit mag das fernliegen, aber für den Apostel ist immer und zunächst entscheidend, wie es zwischen Gott und den Menschen steht. Und da sagt er mit einer Klarheit, die keiner Ergänzung mehr bedarf: **es ist Friede, und zwar durch und mit Christus!**

Was sagt der Jubel des Weihnachtsliedes anderes als dies: „Heut schleußt er wieder auf die Tür zum schönen Paradeis, der Cherub steht nicht mehr dafür!“

Gott schließt mit uns Frieden! Wo das begriffen wird, da wird auch der Weg frei für den Frieden unter Menschen; aber das erste ist das Entscheidende!“



Dr. Friedrich Menke, Bremen
geboren am 12. 2. 1931
verheiratet, 4 Kinder
Stv. Schulleiter

„In der Welt geht es fried- und lieblos zu: In Irland oder Angola, in

**HILFE FÜR BRÜDER:
DAS PROJEKT DES MONATS**



Wir wollen christlichem Heim für Straßenkinder in Brasilien mit Baumaterial helfen.

Bestellen Sie kostenlos Informationen zu unseren Projekten in über 100 Ländern:

HILFE FÜR BRÜDER

Hilfe für Brüder e. V.
Schickstraße 2, 70182 Stuttgart
Tel. 07 11/2 36 46 87

Konten: Ev. Kreditgen. Kassel 415 600 (BLZ 520 604 10)
Landesgirokasse Stuttgart 2004 004 (BLZ 600 501 01)

HILFE FÜR BRÜDER arbeitet in Verbindung mit der Deutschen Evangelischen Allianz und 53 evangelischen Missionen in Deutschland.

027. 93

amerikanischen oder deutschen Städ-
 Diese Welt wird von Menschen verantwortet, deren Tun und Trachten in der Tat böse ist. Aber wir erkennen auch gute Zeichen: In Südafrika, im Heiligen Land, in jedem friedlichen Gespräch Andersdenkender. Es gibt – Gott sei Dank! – immer wieder Menschen, die mit Augenmaß und Geduld dicke Bretter durchbohren, dem anderen das ihm Zustehende geben, Feindschaft überwinden und Frieden schaffen wollen.

Dies alles gilt auch für uns Christen, aber wir können, sollen vor allem diese Wahrheit in dieser Welt ausstrahlen: Christus ist unser Friede. Er ist Mensch geworden und hat uns durch sein Opfer versöhnt mit Gott. Wir dürfen als Gottes Kinder frei leben und wirken, uns von diesem Geist des Friedens und der Liebe bestimmen lassen. Christus ist unser Friede; diese Frohe Botschaft möge uns auch 1994 ermutigen, Trennendes, Feindseliges zu überwinden und unsere Bausteine zu einer friedlicheren Welt beizutragen.“



Prof. Dr. Hans-Martin Pawlowski,
Schriesheim (BaWü)
geboren am 30.10.1931
verheiratet, Universitätsprofessor

„Immer mehr drängt auf uns ein, das uns aus der Haut fahren läßt, uns die innere Ruhe raubt und damit auch unseren äußeren Frieden gefährdet. Da kann es trösten, daß Er uns seinen Frieden schenken will – den Frieden, den wir nicht selbst zu machen brauchen.“

Nur: Wer will schon darauf verzichten, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen? Müssen wir erst völlig scheitern, um zu bitten „Oh komm“, der Heiden Heiland“?“



Dr. Peter Schneemelcher, Witten
verheiratet
Pfarrer, Volksmissionarisches Amt der
Landeskirche Westfalen

„Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“; so möchte, frei nach Goethe, so mancher Zeitgenosse reagieren, wenn er mit dieser Botschaft konfrontiert wird. Allen christlichen Proklamationen zum Trotz ist der Friede auch hier in Europa weiter entfernt denn je. Zu Weihnachten wird an vielen militärischen Fronten gekämpft, gelitten und gestorben werden, und wer die Hoffnung auf einen globalen Frieden aufgegeben hat, ihn stattdessen in der christlichen Gemeinde sucht, wird auch dort viel Unfrieden im Streit um den rechten Weg zum Frieden erleben.“

Wenn diese Jahreslosung für 1994 mehr als nur eine fromme Ermutigung sein soll, so muß vor allem deutlich werden, daß hier in der Gegenwart geredet wird. Durch Christus ist bereits, längst vor uns, etwas geschehen. Er will schon jetzt unser Friede sein. Sinn seines Lebens, Sterbens und Auferstehens ist es, den Menschen die Angst vor der Zukunft zu nehmen. Angst vor der Zukunft braucht nicht mehr zu sein, weil Gott es gut mit uns meint, auch in einer schrecklichen Welt; Angst vor dem Tod kann schwinden, weil Auferstehung und nicht das Grab unser Ziel ist. Das ist die zentrale Aussage des Evangeliums. Und nur Menschen, die im Vertrauen auf diese

Botschaft ihre Ängste vor dem Leben und damit vor anderen Menschen ablegen können, sind auch in der Lage, Frieden weiterzugeben.“



Brigitte Schütze, Urbar (RhPf)
geboren am 1.2.1934

„Laßt uns Frieden schaffen unter den Menschen, wie Gott mit uns durch Jesus Christus Frieden gemacht hat. Laßt uns alle Feindschaft ablegen und uns versöhnen. Laßt unser Herz regieren, damit die Zwietracht überwunden wird. Jesus Christus hat uns dies vorgelebt.“

Gerade Advent und Weihnachten sind eine gute Gelegenheit, damit zu beginnen. Machen wir uns alle frohen Mutes auf den Weg.“



Klaus Weigelt, Brüssel
geboren 14.5.1941 in Königsberg Pr.
verheiratet, 3 Kinder
Dipl.-Volkswirt, Europa-Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel

„Angesichts des menschlichen Scheiterns in Politik und Kirche ist der Zusage 'Christus unser Friede' ein wahrer Trost. Das Zerbrechen der Mauern hat Europa keinen Frieden gebracht: er bleibt unsere Daueraufgabe, ebenso wie die Befriedung des Verhältnisses zwischen den großen Religionen und der belasteten Bruderschaft zwischen Juden und Christen, insbesondere für uns Deutsche. Auch die Ökumene zwischen den Christen tritt auf der Stelle. Nur unter dem Friedenszeichen des Kreuzes Jesu Christi finden wir immer wieder Kraft und Zuversicht, von Neuem zu beginnen.“

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf ● Abonnementspreis jährlich 20,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

Aus dem Inhalt:

Glaube und Frieden	1
Dritte-Welt-Politik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts	2
Die Protestantische Kirche in Chile	4
Haus des Friedens – Haus des Krieges?	6
Der Schutz von Minderheiten	7
EAK in Ungarn	9
EKD-Synode	10
Weihnachtsbücher	11
Der neue EAK-Bundesvorstand zur Jahreslosung	12

Unsere Autoren:

Dr. Volkmar Köhler, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Hector Dario Olivares
c/o Chile Kanzlei
Kronprinzenstr. 20
53173 Bonn

Wolfgang Börnsen, MdB
Bundeshaus
53113 Bonn

Miklos Lukacs
Nagy Jenő U. 5. 1126
Budapest
Ungarn

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

Angola droht Hungersnot

1986 begann die Arbeit der Deutschen Welthungerhilfe in Angola zur Unterstützung von Menschen, die vor dem Bürgerkrieg, vor Gewalt und Hungertod auf der Flucht sind. Gemeinsam mit dem lokalen Partner, der Angolanischen Aktion für Entwicklung (AAD), wurden seither Nothilfemaßnahmen im Wert von mehr als 50 Millionen DM durchgeführt.



Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Mai 1991 durch die beiden Bürgerkriegsparteien UNITA und MPLA veränderte sich der Schwerpunkt der Arbeit. Statt wie bisher Überlebenshilfe zu geben, versuchte die Deutsche Welthungerhilfe, den Bürgerkriegsflüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimatregionen zu ermöglichen. Die Menschen erhielten nicht nur Nahrungsmittel, sondern durch Saatgut und landwirtschaftliche Geräte sollte ihnen ein Neubeginn ermöglicht werden.

Der erneute Ausbruch der Kämpfe hat allen diesen Programmen ein Ende bereitet. Im Moment können in den Provinzen Bengo, Benguela und Kwanza Sul wieder nur Flüchtlingen notdürftig versorgt werden, kann wieder nur Nothilfe ohne eine langfristige Perspektive geleistet werden.

80 km nordöstlich von Luanda haben etwa 20.000 Menschen im Flüchtlingslager „Boa Esperanca“ Zuflucht gefunden, die Hälfte davon Kinder. Es sind die Ärmsten der Armen, die hier gelandet sind, sie haben nirgendwo Verwandte und sind zu schwach, um weiterzuziehen. Täglich sterben im Lager 5-10 Menschen an Unterernährung. Die Deutsche Welthungerhilfe unterstützt die Flüchtlinge mit Mais, Bohnen und Speiseöl. Außerdem werden Decken, Seife und Haushaltsgeräte verteilt. In den nächsten Wochen sollen zusätzlich Zelte errichtet werden, um Schutz vor der beginnenden Regenzeit bieten zu können.

In der Provinz Kwanza Sul hatte die Deutsche Welthungerhilfe nach dem Friedensschluß Tausenden von Flüchtlingen bei der Rückkehr in ihre alten Dörfer geholfen. Durch Verteilung von

Saatgut konnte mit der Bestellung von Feldern und der Aussaat begonnen werden.

70.000 Menschen sind nun erneut auf der Flucht. Viele von ihnen beziehen die alten Flüchtlingsdörfer außerhalb der Provinzhauptstadt Sumbe, die sie vor zwei Jahren notdürftig errichtet hatten. Fast 20.000 Familien werden hier mit Maisgries, Bohnen und Öl am Leben erhalten, und an weitere 12.000 Familien verteilt die Deutsche Welthungerhilfe Saatgut.

Auch in Benguela finanziert die Deutsche Welthungerhilfe ein Nothilfeprojekt im Volumen von 2,3 Millionen DM, in dem vom Bürgerkrieg vertriebene Menschen Nahrungsmittel, Decken und Kleidung erhalten. Die Nahrungsmittel werden vom World Food Program der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt, die Verteilung geschieht durch den lokalen Partner.

Ein Teil der Flüchtlinge hat Zuflucht bei Verwandten gefunden, alle übrigen harren in Lagern auf das Ende des Krieges. Im Distrikt Baia Farta soll zusätzlich den dort ansässigen Menschen geholfen werden, denn sie sind in keinem Nothilfeprojekt als Bedürftige vorgesehen, obwohl auch sie Hunger leiden. Kinder, Alte und Schwangere bekommen in Suppenküchen regelmäßig Mahlzeiten, denn sie werden zuerst aus der Schlange der Wartenden bei der Verteilung von Nahrungsmitteln gedrängt.

Das Spendenkonto der Deutschen Welthungerhilfe unter dem Stichwort: „Angola“ lautet: 111 bei Sparkasse, Postbank Köln, Volksbank und Commerzbank.